

## Stellungnahme - Suizidassistenz / Suizidprävention

Bochum, 06. Juli 2023. Der Hospiz- und PalliativVerband NRW e.V. (HPV NRW) ist ein Verband, der durch die Vielfalt der unterschiedlichen Mitgliedseinrichtungen – in der Mehrzahl ambulante Hospizdienste und stationäre Hospize – geprägt ist und vom gegenseitigen Austausch und Diskurs lebt. Diese Stellungnahme versucht, die Breite der Diskussion innerhalb des HPV NRW abzubilden. Auf der einen Seite werden innerhalb der Mitgliedseinrichtungen des HPV NRW Argumente in den Vordergrund gestellt, die den Schutz der Selbstbestimmung zum Inhalt haben. Auf der anderen Seite gibt es Stimmen, die in der Diskussion zu Sterbewünschen und Suizidassistenz den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit eines Beratungsverfahrens legen.

Am 6. Juli 2023 haben die Bundestagsabgeordneten sehr sachlich und ruhig zu zwei Gesetzesentwürfen debattiert. Bei der anschließenden Abstimmung hat keiner der beiden Entwürfe die erforderliche Mehrheit bekommen. Somit gibt es weiterhin keine gesetzliche Regelung zur Suizidassistenz. In einer weiteren Abstimmung wurde über den gemeinsamen Antrag beider Gruppen zur Suizidprävention abgestimmt. Dieser Antrag wurde mit 688 von 693 Stimmen klar angenommen. Hierdurch wird der Fokus auf die Suizidprävention gelegt, was wir sehr begrüßen.

Der Gedanke der Hospizbewegung setzt auf das Angebot der Unterstützung bis zum Lebensende und das Angebot, Trauernden einen Raum zu geben. Wir sind in der Begleitung und Unterstützung schwerstkranker und sterbender Menschen stets konfrontiert mit dynamischen Krankheitsverläufen, in denen Krisen mit hoffnungsvoller Zuversicht abwechseln. Im hospizlichen Kontext ist die Ambivalenz zwischen selbstbestimmten Bedürfnissen und dem Wunsch nach Schutz und Fürsorge immer präsent. Beziehungen als Raum des Vertrauens anzubieten, das mitfühlende Reflektieren der eigenen Rolle einzubringen, das Mitgehen bei der Entscheidungsfindung im multiprofessionellen Team zu nutzen – das ist unsere Sache, der Kern unserer hospizlichen Arbeit.

Letztendlich ist jedoch anzuerkennen, dass der Zugang zu einer guten hospizlichen und palliativen Versorgung nicht für jeden Menschen in jeder Situation die Lösung ist. Das Grundgesetz gibt dem Menschen das Recht, sich in seiner Autonomie für einen Suizid zu entscheiden.

Der Umgang mit Sterbewünschen und Anfragen nach Suizidassistenz muss stärker Bestandteil der hospizlich-palliativen Qualifikationen und Fortbildungen werden. Dabei ist die Kommunikation ein wesentlicher Bestandteil auch der Prävention. In allen Bereichen des Gesundheitswesens sollte ein Klima herrschen, in dem Menschen über ihren Wunsch zu sterben sprechen können. Sie sollten die Möglichkeit vielfältiger Unterstützung haben, um eine autonome Entscheidung fällen zu können. Die Debatte um Suizidprävention muss jetzt stattfinden und der Bundestag hat hierzu am 6. Juli 2023 einen klaren Auftrag an die Bundesregierung erteilt.

Eine gute Versorgung (am Ende) des Lebens brauchen alle Menschen, ob sie nun im Krankenhaus, Pflegeheim oder zu Hause leben oder sterben. Wir vermissen im Zusammenhang der Diskussion zur Suizidassistenz eine breite gesellschaftliche und politische Debatte darüber, wie das „normale Sterben“ abläuft. Denn am Ende zählt die teilnehmende Kommunikation und die Zusage, Menschen nicht alleine zu lassen.

Der Hospiz- und PalliativVerband Nordrhein-Westfalen e.V. ist seit 1992 die landesweite Interessenvertretung der Hospizbewegung in NRW. Mit mehr als 220 Mitgliedseinrichtungen, in denen weit mehr als 10.000 Menschen ehrenamtlich engagiert sind, ist er konstanter Partner im Gesundheitswesen und in der Politik sowie zuverlässiger Ansprechpartner für seine Mitglieder.

### Kontakt:

Ulrike Herwald                      Sabine Löhr  
1. Vorsitzende                      Assistentin des Vorstands

Hospiz- und PalliativVerband NRW e.V.  
Königsallee 135  
44789 Bochum  
Tel: 0234 97355-147  
Fax: 0234 97355-148  
[info@hpv-nrw.de](mailto:info@hpv-nrw.de)  
[www.hpv-nrw.de](http://www.hpv-nrw.de)